

# Sohrauer Stadtblatt.

Ämtliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau O.-S., sowie der Vereine.  
Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustrirtes Sonntagsblatt“.

**Erscheint**  
wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.  
**Bezugspreis:** Vierteljährlich 1,50 am Orte 4,00 Mk.  
bei allen Postämtern 4,50 Mk.

**Druck und Verlag:**  
P. Gumbold's Stadt- und Land-Druckerei, Sohrau O.S.  
Verantwortlicher Redakteur: Paul Gumbold.

**Anzeigen-Preis:**  
für die einseitige Zeile ober deren Raum 50 Pf.  
Inseraten-Annahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem  
Erscheinungstage.

Nr. 69.

Fernspr. Nr. 49.

Mittwoch, den 1. September 1920.

Fernspr. Nr. 49.

42. Jahrg.

## Verständigung in Oberschlesien.

### Der Aufruf der oberschlesischen Parteien und Gewerkschaften.

Beuthen O.S., 28. August. Die Vertreter der deutschen und der polnischen politischen Parteien und Gewerkschaften haben heute folgenden Aufruf erlassen:

#### Au die oberschlesische Bevölkerung!

Genug des Blutes und des Schreckens! Die Vertreter der deutschen und der polnischen Sache haben sich zusammengesunden, um unserem Volke Ruhe, Frieden und ungehinderte Arbeit wiederzugeben.

Wir alle wollen die Wiederherstellung des gesetzmäßigen Zustandes. In gemeinsamen Beratungen haben wir den Weg zur Verständigung auf folgender Grundlage, ohne den bestehenden Gesetzen vorzugreifen, gefunden:

1) Entsehung der Sicherheitswehr und Ersatz derselben durch möglichst baldige Aufstellung einer Abstimmungspolizei durch eine gesetzmäßige Hilfspolizei, die sich zur Hälfte aus oberschlesischen Polen und Deutschen zusammensetzt.

2) Anweisung derjenigen, welche nach dem 1. August 1919 nach Oberschlesien zugezogen sind. Ausnahmen, die durch berufliche, geschäftliche oder sonstige billige Interessen der Betroffenen gerechtfertigt sind, ist Sache einer für jeden Kreis zu bildenden paritätischen, aus Deutschen und Polen zusammengesetzten Kommission unter Vorsitz eines Vertreters der Interalliierten Kommission. Die Verordnung hat nur den Zweck, diejenigen Elemente zu treffen, die nach Oberschlesien gekommen sind, um in ungesetzlicher Weise oder unter Mißbrauch der amtlichen Gewalt die Abstimmung zu beeinflussen.

3) Weigerung, die Waffen niederzulegen oder abzugeben, oder der unrechtmäßige Besitz, soll mit den schwersten Strafen, mindestens mit einjähriger Zuchthausstrafe, geahndet werden.

4) Jeglicher Terror gegen Andersdenkende hat zu unterbleiben. Insbesondere ist jede Einwirkung durch Gewalttätigkeit oder Drohung im Arbeitsbetrieb oder im Privatleben, jeder Zwang wegen Zugehörigkeit zu einer politischen oder wirtschaftlichen Organisation untersagt. Jeder Mißbrauch der Amtsgewalt oder der Stellung als Vorgesetzter hat zu unterbleiben. Zur Überwachung der Durchführung dieser Vereinbarungen soll für das Abstimmungsgebiet die paritätische Kommission aus Deutschen und Polen unter Vorsitz eines Vertreters der Interalliierten Kommission gebildet werden.

Laßt darum ab von aller Gewalttat! Legt die Waffen nieder! Kehrt zu Eurem Tagewerk zurück!

#### Au das oberschlesische Volk!

Nachdem die Polen gehen durch Aufrufe und Versammlungen zur Ruhe gemahnt, zur Waffengebung aufgefordert, die Ausnahme der Arbeit, Zurückziehung der Posten, die Unterlassung der Hausdurchsuchungen, der Durchsuchung der Straßenbahnen durch ihre Leute gefordert haben, ersuchen wir die deutsche Bevölkerung bei Eintritt der Ruhe sich jeglicher Gewalttätigkeit gegen die Polen aus Wiedervergeltung oder Rache zu enthalten.

General Le Rond hat zugesagt, daß jeden, der die Gesetze übertreten hat, die volle Schwere des Gesetzes treffen wird.

Wir müssen endlich wieder zur Ruhe und zum Frieden kommen.

Wir erwarten, daß die Bevölkerung der Aufforderung ihrer Führer Folge leisten wird.

Die Parteien und Gewerkschaften.

## Stellungnahme der Entente zu den Ereignissen in Schlesien. Frankreich fordert Garantien.

Berlin, 28. August. Die nach Oberschlesien gereisten Mitglieder der Berliner Entente-Kommission sind heute nacht nach Berlin zurückgekehrt. Sonntag früh findet in der französischen Botschaft eine Konferenz der Botschafter der drei alliierten Staaten statt, um zu der Lage in Oberschlesien wie auch zu den Vorfällen in Breslau Stellung zu nehmen. Aus Kreisen der französischen Botschaft wird uns mitgeteilt, daß Frankreich außer der Bestrafung der Schuldigen Garantien gegen eine Wiederholung ähnlicher Vorgänge verlange, event. durch ständige französische Schutzmaßnahmen in den Konsulatsgebäuden.

### Anerkennung für das deutsche Plebiszit-Kommissariat.

Berlin, 28. August. Wie die „Vossische Zeitung“ aus Brüssel meldet, äußerte sich General Le Rond beim Empfang der deutschen Delegation äußerst anerkennend über die Arbeit des deutschen Plebiszit-Kommissariats. Er sei nach Einsicht in die Akten zu der Ueberzeugung gekommen, daß das deutsche Plebiszit-Kommissariat bei seiner Arbeit sich stets auf gesetzlichem Boden gehalten habe. Die Akten und das beschlagnahmte Material würden dem Kommissariat binnen kurzem wieder ausgeliefert werden.

### Was General Le Rond von der Abstimmungspolizei verlangt.

Beuthen, 27. August. General Le Rond verhandelte persönlich mit den hiesigen Gemeindevertretern. Vor allem interessiert an den ganzen Forderungen, daß die blaue Polizei in ihre bisherigen Rechte eingesetzt wird. Entgegen dem Beschluß der Gemeindevertretung müssen 50 Prozent der provisorischen Abstimmungspolizei Deutsche sein, 2 Jahre in Oberschlesien weilen, gebiente Soldaten sein, die beide Sprachen beherrschen, unbestraft und an dem letzten Polenputz nicht beteiligt gewesen sein.

### Oberschlesische Kundgebung in Berlin.

Berlin, 30. August. Die für gestern im Lustgarten angelegte Massendemonstration der Oberschlesier in Berlin gegen die polnischen Gewalttätigkeiten in Oberschlesien gestaltete sich mit über 60 000 Teilnehmern zu einem gewaltigen Demonstration für Deutschland und nahm einen würdigen Verlauf. Während der Reden erbaute an vielen Stellen spontan das deutsche Lied. Es sprachen u. a. die Abgeordneten Lawrenz (D. Nat.), Herfel (Str.), Parrer Windolf (Str.), Friebe (Dem.), Hellmann (Soz.) und Professor Rndtel-Breslau. Einstimmig wurde in einer Entschloßung Entwaffnung der polnischen Banden, Ahndung der Verbrechen, Ausweisung der bekannten geistigen Urheber, Wiederherstellung der Ordnung, Sicherung der Arbeitsfreiheit und Einsetzung der alten Behörden gefordert.

Seltens der organisierten Arbeiter wurde ein „Sunkspruch“ an die Arbeiter der ganzen Welt“ gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Von unserer Hände Arbeit hängt im kommenden Winter das Schicksal Europas ab, wie wollen uns durch den grenzenlosen polnischen Raub nicht vernichten lassen, darum helft uns, solange noch Hilfe möglich ist.“

Ein Zug von etwa 600 Personen zog auf die Wilhelmstraße und rief nach der Regierung ein zweiter Zug versuchte vor dem polnischen Konsulat zu demonstrieren. Die Sicherheitspolizei zerstreute jedoch die Demonstranten.

### Die Leipziger Messe.

Leipzig, 29. August. Im ersten Tage der allgemeinen Mustermesse legte morgens der

Verkehr lebhaft, wenn auch merklich schwächer, als auf den letzten Messen, ein. Infolge der reichen Beschäftigung durch die Industrie mit über 12 000 Ausstellern ist das äußerliche Bild das gewohnte, sogar noch um einige Töne reicher. Der Einkaufserfolg blieb aber bisher gegen das Frühjahr zurück. Besonders gilt das von den Ausländern, unter denen immerhin Holländer, Skandinavier, Stallerer, Spanier sowie andere europäische und überseeische Kaufleute vertreten sind.

### Kardinal Amette.

Paris, 29. August. Kardinal Amette, Erzbischof von Paris, ist heute früh gestorben.

### Der polnisch-russische Krieg.

Rotterdam, 28. August. Nach einer Londoner Meldung haben die polnischen Heere jetzt den größten Teil des geographischen Polens erobert. Im Norden harzt nur ein ziemlich kleines Gebiet südlich von Litauen seiner Befreiung. Von Brest-Litowsk bis an die galizische Grenze fällt die polnische Front ungefähr mit der Curcon-Linie zusammen. In Galizien aber halten die Polen ein ziemlich großes Gebiet außerhalb dieser Linie besetzt einschließlich des Gebietes von Litawsk, welches der Oberste Rat Aufstand zugesagt habe.

Kopenhagen, 28. August. Nach einer Kopenhagener Nachricht sandte die russische Delegation in Kopenhagen ein Telegramm, in dem es heißt, daß in etwa vierzehn Tagen die polnische Offensivbewegung ganz zum Stillstand gebracht werde.

London, 29. August. Neuter erfährt aus Warschau: Die Polen erbeuteten im ganzen zwei Drittel der Artillerie des Sowjetheeres.

### Eine russische Gegenoffensive?

Kopenhagen, 29. August. Die Bolschewisten haben bei Mlawa einen Sieg über die Polen erungen. Die Polen waren von dem unerwarteten Angriff völlig überrascht. Nach weiteren Meldungen sollen Grodno und Bialystok von den Russen wieder besetzt worden sein. „Daily Mail“ zufolge bereitet sich die russische Armee zu einem Gegenangriff in Richtung Brest-Litowsk vor. Nach einer Meldung des „Temp“ ist eine neue russische Armee von 30 000 Mann in Amarsch auf Lomza.

Stockholm, 30. August. Die Antwort der Alliierten auf die Sowjetnote ist aus London noch nicht abgeschickt worden. Die italienische und die englische Regierung können ihre Ansicht nicht äußern, bevor die Note nicht beantwortet ist. Man hört nichts mehr von der Abreise der Sowjet-Delegation.

Es herrscht große Besorgnis, daß das Kriegsglück sich wieder den Russen zuwenden könnte.

Königsberg, 29. August. Die Russen melden die Einnahme von Bialystok. Desfalls von Brest-Litowsk dauern die Kämpfe an.

Königsberg, 29. August. Nach Meldungen polnischer Blätter scheint der russische Rückzug zum Stillstand gekommen sein. Die Russen konzentrieren große Mengen von Artillerie und starke Infanterieregimenter, die in etwa 100 Divisionen eingeteilt sein sollen. Allerdings hatten diese Divisionen zum Teil nur geringe Artillerie. Sehr groß sei die Zahl der Maschinengewehre. Auch der Warschauer Korrespondent des „Morningpost“ meldet, beim polnischen Generalstab herrsche die Ansicht, daß die Sowjetregierung, wenn sie ihre Existenz bedroht sehe, Anhalten zu einer neuen Kraftanstrengung treffe.

Basel, 28. August. Wie „Daily Herald“ berichtet, sind 20 russische Divisionen aus den Gouvernements Moskau, Smolensk, Tula und Orel an die Front unterwegs. An der Rjemenlinie stehen mehrere hunderttausend

Russen als Wall gegen weiteres Vordringen der Polen.

Der Papst zum polnischen Vormarsch. Rom, 29. August. Laut „Jedna Nacjonalna“ hat der Papst Polen angeraten, nicht über die Grenzen hinauszuweichen und bei den Friedensverhandlungen verschönlungen Gelp zu zeigen.

Die Friedensbedingungen der Polen. Genf, 29. August. Wie der Berliner Korrespondent des „Corriere della Sera“ erfährt, hat die polnische Regierung durchaus ernst zu nehmende Friedensabsichten. Ihre Bedingungen seien folgende:

Grundsätzliche Zurückweisung jeder Forderung auf Entzweiung und Eingriffe in die inneren Angelegenheiten Polens, Verwerfung der Grenzgrenzen Curcons, dagegen Festlegung einer Linie südlich Wilna über Nowo-Grödel, Baranowitsch, Pinsk, längs Styr und Stogod. Wlaff werde Polen Litauen überlassen, wenn dieses Sicherheiten für ein dauerhaftes Verhältnis bietet.

Diese Bedingungen werden wahrscheinlich Dombff, der in Brst-Litowit erwartet wird, übergeben werden, damit er sie nach Wlaff als Unterlage zu den weiteren Verhandlungen überbringe.

Kopenhagen, 30. August. „Berlinfti Tidende“ meldet von der russischen Front: Von seiten der Bolschewiken finden ungeborene Vorbereitungen für die kommende Offensivoffensive. Grodno ist von den Russen zurückerobert worden. In Biaglyok wird augenblicklich erbittert gekämpft. Zwischen Lomga und Kolnow herben große russische Truppenmassen, die bereits im Rücken der Polen operieren. An der ganzen polnischen Front von Orsojwo bis Brst-Litowit finden schwere Kämpfe als Vorboten der neuen russischen Offensivoffensive statt. Gelingt den Russen der Vormarsch, so werden große polnische Truppenkräfte auf deutsches Gebiet übertreten müssen. Trotz hat alle verfügbaren Truppen gesammelt. Wlaff von der Petersburger Garnison sind 30000 Mann an die Front abgehandelt worden.

300 Menschen durch eine Flutwelle getötet.

Lotio, 30. August. Durch eine gewaltige Flutwelle wurden in Obonari (Sachalin) 300 Menschen getötet und 500 fast obdachlos.

### Die Lage in Oberschlesien.

#### Ein Anruf Korfantsy.

Beuthen, 27. August. Der polnische Abstimmungs-Kommissar Korfantsy und sämtliche polnische Organisationen erlassen einen Anruf, in dem es heißt:

Die Sicherheitspolizei verläßt Oberschlesien. Es werden Bürgerwehren gebildet, die bis zur Übernahme der Sicherheitspolizei durch die Abstimmungs-Kommission in Opatow hat sich weiter darauf geeinigt, daß zugewanderte Deutsche, welche in Oberschlesien Unruhen und Pogrome gegen die Polen veranlassen, ausgewiesen werden. Ferner werden in allerhöchster Zeit polnische Kontrolloren bei den Behörden eingestellt, die darüber wachen werden, daß in den Kellern keine Waffen verborgen und dort keine Pläne gegen die polnische Bevölkerung geschmiedet werden. Die Verhandlungen betreffend die Begehung der Streikfrage werden mit den Arbeitgebern noch geführt. Bis dahin haben wir erreicht, daß infolge des Streiks kein Bergarbeiter geschädigt wird inbezug auf Urlaub, Depulitafolge und Ueberschick. Falls die Arbeitgeber sich darauf nicht einigen sollten, sollen die Arbeiterorganisationen namhafte Unterhaltungen anbahnen.

In dem Anrufe heißt es weiter: Die Lage ist derart, daß durch einen weiteren Streik und Unruhen unsere gerechte Sache nur leiden würde. Wir rufen Euch deshalb zur Aufnahme der Arbeit auf, zumal die Gründe zum Streik nicht mehr vorhanden sind. Jangleich rufen wir Euch zur Abgabe der Waffen auf. Diese sollen bis 28. August mittags 12 Uhr beim Gemeindevorsteher niedergelegt werden. Ferner müssen sofort alle Angriffe auf die deutsche Bevölkerung, die Revisionen in den Häusern, Straßenbahnen, Eisenbahnen und in den Straßen unterlassen werden, damit Ruhe eintritt. Der Kampf, den wir führen, war ein Kampf um die Gleichberechtigung, auf die die polnische Bevölkerung ausnahmslos gewartet hat. Jetzt, wo Ihr das Ziel erreicht habet, müßt Ihr unbedingt unserem Anrufe Folge leisten, damit wieder Ruhe und Ordnung in Oberschlesien eintritt.

#### Schnellere Abstimmung.

Paris, 27. August. Der Oberste Rat hat die interalliierte Kommission in Opatow benachrichtigt, Vorschläge betreffs schnellerer Vornahme der Abstimmung zu machen.

### Polen und die Abstimmungsfrage in Oberschlesien.

Das in Sosnowice erscheinende Blatt „Kurjer Zaglebia“ berichtet Einzelheiten über den polnischen Anstand in Oberschlesien. Das Blatt bringt auch u. a. eine Meldung aus Warschau, wonach angeblich Oberschlesien ohne Abstimmung mit Polen verknüpft werden soll. Der Oberste Rat werde Mittel und Wege finden, um Oberschlesien ohne Heftigkeit an Polen lassen zu lassen. — Bei dieser Tendenznachricht dürfte natürlich nur der polnische Wunsch der Vater des Gedankens sein. Immerhin ist die Meldung charakteristisch für die seitigen Bekreudungen von polnischer Seite und die denckgekaupte Bevölkerung hat alle Ursache, polnische Maßnahmen genau zu verfolgen.

#### Zu dem Abstimmungstermin in Oberschlesien.

Eine Abordnung der Vertreter der Gewerkschaften und deutschen Parteien aus Lodz war bei dieser Tage bei dem Kreis-Kontrollor in Hindenburg, um denselben die Wünsche betr. Befestigung der ungelieblichen Dinge vorzutragen. U. a. wurde dringend verlangt, daß möglichst bald der Abstimmungstermin festgelegt werden möge. Der Kreis-Kontrollor erklärte hierzu, daß er den Wunsch gerechtfertigt fände und daß derselbe in nicht zu langer Zeit in Erfüllung gehen würde, denn er habe aus Paris die halbamtliche Mitteilung erhalten, daß die Abstimmung im Monat Oktober stattfinden solle. Diese Mitteilung sei nur halbamtlich, jedoch er warte er bestimmt, daß die amtliche Befestigung bald folgen werde.

#### Amerikaner für Oberschlesien.

Basel, 30. August. Nach Schweizer Blättermeldungen verlautet in hiesigen diplomatischen Kreisen, daß sich die deutsche Regierung durch Vermittlung Italiens an die Vereinigten Staaten gewandt habe, um dort die Entsendung amerikanischer Truppen nach Oberschlesien zu erbitten.

#### Beratungen über Oberschlesien.

Berlin, 30. August. General Kollert reist heute nach Warschau, um an den Beratungen des alliierten Rates über Oberschlesien und Polen teilzunehmen.

Kottbus, 30. August. Die „Times“ meldet aus Paris: Die deutsche Note über Oberschlesien wird im Alliiertenrat am Donnerstag zur Erledigung und Beantwortung kommen.

#### Ein Weißbuch über Oberschlesien.

Beuthen, 29. August. Seitens der deutschen politischen Parteien werden die Vorgänge in Oberschlesien in einem Weißbuch niedergelegt werden, das der gesamten deutschen Presse und den amtlichen Stellen zugehen wird.

#### Eine Erklärung der Ententekommission.

Opatow, 29. August. Von der interalliierten Kommission wird mitgeteilt: Es ist in der Presse eine Gerüchtung im Gange, nach der man vermuten dürfte, daß die interalliierte Kommission die Bewoohnung eines gewissen Teiles der Polen gebildet hat. Die interalliierte Regierungskommission hat ihre Unparteilichkeit oft genug bewiesen, so daß kein vernünftiger Mensch berechtigt ist, zu zweifeln, daß sie alle Gesetzmäßigkeiten, von welcher Seite sie auch kommen, mit Nachdruck mißbilligt. In ungewöhnlicher Weise fordert sie alle Bürger ohne Rücksicht auf Ausnahmefälle der Polizei auf, die Waffen sofort an die Herren Kreis-Kontrolloren abzugeben.

#### Zeitungsverbote.

Kattowitz, 29. August. Auf Anordnung des Generals Grauer sind in den Kreisen Kattowitzer Stadt und Land folgende sieben Zeitungen verboten: „Kattowitzer Zeitung“, „Morgenpost“ (Beuthen), „Morgenzeitung“ (Kattowitz), „Tageblatt“ (Königsbühl), „Volksstimme“ (Gleiwitz), „Berliner Tageblatt“, „Breslauer Morgenzeitung“. Der Abdruck von Artikeln oder Auszügen daraus oder einzelne Nachrichten aus diesen Blättern sind bei Strafe von 15 Tagen bis 3 Monaten Gefängnis und bis 5000 Mark Geldstrafe verboten.

Die im Verlag Swinno, Kattowitz, erscheinenden drei Blätter „Kattowitzer Zeitung“, „Oberschlesische Morgenzeitung“ und „Königsbühler Tageblatt“ sind für den ganzen Abstimmungsbezirk verboten.

Von polnischer Seite ist nunmehr das erste polnische Blatt verboten worden, nämlich die „Gazeta Robotnicza“.

Schließlich sei noch erwähnt, daß der „Myslowitzer Anzeiger“ aus Furcht vor der Zensur es nicht mehr wagt, einen politischen Teil erscheinen zu lassen.

Der Oberkommandierende der interalliierten Streitkräfte in Oberschlesien hat in Anbetracht des Belagerungszustandes über den Land- und Stadtkreis Kattowitz folgendes verfügt: Sämtliche Zeitungen und Zeitungen sowie Schriften aller Art, die im Land- und Stadtkreis Katto-

witz herausgegeben werden, müssen den Behörden sechs Stunden vor Herausgabe zur Kontrolle vorgelegt werden.

Das Verbot des Erscheinens der „Oberschlesischen Morgenzeitung“ ist inzwischen aufgehoben worden, sobald diese Zeitung wieder ausgeben wird.

#### Die Vertreter Oberschlesiens in Berlin.

Berlin, 30. August. Wie wir hören, sind in Berlin die ober-schlesischen Partei- und Gewerkschaftsführer eingetroffen, um über die Lage zu berichten und verschiedene Wünsche Oberschlesiens der Regierung bekanntzugeben. Heute nachmittag fand zu diesem Zwecke eine Sitzung im Auswärtigen Amte statt, an der außer den ober-schlesischen Vertretern auch die Vertreter aller zuständigen Regierungsteile teilgenommen haben.

### Soziales u. Provinzielles.

Sobran C. C., den 31. August 1920.

1 Herr Raylan Dampuch, zuletzt Pfarramtskontrolor in Sussitz, Kreis Pleß, ist als Kurator in Rybnik angeheilt und tritt sein Amt dortselbst in den nächsten Tagen an. Dem dortigen Kurator Herrn Schlosarsky ist die Pfarrstelle in Samman, Kr. Ratibor übertragbar worden.

2 (Landwirtschaftl. Sozialverein.) Am Freitag den 3. September, nachmittags 3 Uhr hält der Landwirtschaftl. Sozialverein Sobran in Zweig's Hotel eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Besprechung wegen Beteiligung an der landwirtschaftlichen Ausstellung in Gleiwitz. Die Mitglieder werden um pünktliches Erscheinen gebeten. Gütliche Willkommen.

3 (Die Erneuerung der Lose) zur 3. Klasse 16 (242) Preussisch-Schlesischer Klassen-Lotterie hat bei Verlauf des Anrechts bis spätestens Freitag den 3. September, nachmittags 6 Uhr zu geschehen.

4 (Zum Kreis-Wohlfahrtsamt.) Gemäß einer Verfügung der Reichsstelle für Kreis- und Jugendangelegenheiten in Berlin vom 30. 8. 20 sind die Anträge auf Gewährung einer wirtschaftlichen Beihilfe von bereits heimgekehrten Kriegsgefangenen neubestimmt bis zum 1. Oktober 1920 der zuständigen Kriegsgefangenen-Heimkehrstelle einzureichen. Später eingehende Anträge dürfen nicht mehr berücksichtigt werden. Antrag der jetzt noch an der Gefangenschaft befindlichen ehemaligen Kriegsteilnehmer müssen spätestens drei Monate nach der Entlassung aus dem Gefangenenlager der zuständigen Stelle eingereicht werden.

5 (Zur Frage der Entschädigung bei Anrichtung von Sachschäden.) In der Frage der Entschädigung für alle Sachschäden, die infolge der ausgebrochenen Unruhen in Oberschlesien entstehen, herrschen vielfach noch die widersprechendsten Ansichten vor. Wir möchten deswegen die Reichsstelle noch einmal eindringlich klarstellen. Das Unfallschadengesetz vom 12. Mai 1920, das für das Gebiet des Deutschen Reiches diese Frage regelt, ist infolge des Einspruchs der Interalliierten Kommission für Oberschlesien noch nicht in Kraft getreten. Es gilt hier also immer noch das alte preussische Gesetz vom 11. März 1850. Danach besteht eine 14-tägige Anmeldefrist für alle verursachten Sachschäden und zwar laufend von dem Tage, an dem der Schaden angerichtet worden ist. Ist also jemand bei den herrschenden Unruhen an seinem Eigentum geschädigt worden, so hat er innerhalb 14 Tagen den Schaden bei der Gemeindevorsteher anzumelden. Inwiefern das deutsche Wechseltumensgesetz für Schäden, die am Eigentum deutscher Einwohner angerichtet worden sind, die gerichtliche Regelung des Verfahrens übernimmt, ist an anderer Stelle bereits veröffentlicht worden.

6 (Die hiesige Ortsstelle des deutschen Wechseltumensgesetzes) gibt bekannt: Hierdurch die Mitteilung, die bereits wiederholt durch mehrere Zeitungen ging, daß die Vermittlung etwaiger Schadenersatzansprüche seitens solcher Personen, die dem Kreise Rybnik angehören und durch den Antrags Schaden an Leib, Leben, Gesundheit und Eigentum erlitten haben, die Reichsanwaltschaft Kattowitz und Dr. Kelpich in Rybnik, Gartenstraße 6, täglich von 3-6 Uhr übernehmen. Die Meldefrist von 14 Tagen ist dabei innezuhalten!

7 (Abkempelung tschechoslowakischer Wertpapiere.) Zur Einlösung künftiger Fälligkeiten tschechoslowakischer Wertpapiere, die Eigentum von Deutschen Reichsbürgern sind, bedarf es nunmehr einer eidesstattlichen Versicherung und der Abkempelung. Diesen Bedingungen unterliegen auch diejenigen tschechoslowakischen Wertpapiere, die nach der

**Bekanntmachung des Reichsministers der Finanzen vom 12. 5. 1920** (Reichsanzeiger Nr. 102) angewendet waren und beschlaghaft sind. Die Abkempfung, zu der in Derschlafen nur die Finanzämter Buntzen-Stadt, Cosel, Gletzig, Ratowitz, Lubichütz, Oppin und Ratibor zuständig sind, muß bis 15. September 1920 erfolgen und deshalb rechtzeitig unter Einwirkung der eidestiftlichen Versicherung nach einem vorgezeichneten Muster A (ähnlich bei der Firma Frieda Groeber in Leipzig) in dreifacher Fertigung mit einem der genannten Finanzämter beantragt werden. Die Abkempfungsgelder betragen 50 Pf. für jedes Wertpapier, mindestens aber 1 M. Eine in den nächsten Tagen zu erwartende Bekanntmachung des Reichsministers der Finanzen und des Reichswirtschaftsministeriums wird noch eingehendere Weisungen bringen.

**(Ein Aufruf des Landrats.)** In den letzten Tagen haben sich im Kreise Rybnik nahrungsbare Zustände gebildet. Wilde Barden haben sich organisiert und haben jedes menschlichen Geschicks bar in roher Weise Personen ihres Eigentums beraubt, sie bedroht, schwer mißhandelt, ja sogar um Leben gebracht. Diese Treiben widerspricht jeglicher Moral und Achtung vor den Mitmenschen. Kreisbewohner zeigt, daß die Religion für Euch keine Fatale ist, daß Ihr Christen nicht nur dem Namen nach seid. Gett muß Euch selbst erfüllen, wenn die christliche Nächstenliebe derart mit Füßen getreten wird. Ich appelliere an Euren gesunden Menschenverstand und Euer Herz, daß Ihr solche Zustände mißbilligt. Haltet Euch, damit sich solche schaurigen Verhältnisse, wie sie die letzten Tage abgelebt haben, nicht wiederholen.

**(Gepfarrten wieder 4 Tage gültig.)** Das reisende Publikum wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Gültigkeit der Fahrkarten aus wieder vier Tage beträgt, und somit die Möglichkeit einer früheren Lösung gegeben ist. Im Interesse der Allgemeinheit muß ich es sich, daß von dieser Möglichkeit nicht oft Gebrauch gemacht wird. Es wird u. a. dem die Erlaubnis vor den Schaltern an Länge verlieren, und es wird das Mißkommen sämtlicher Reisenden sichergehen sein.

**(Gnadenjahrsfeier in Wartha.)** Die Wallfahrtskirche in Wartha wird in dem ersten Septemberfest des hiesigen Jahres zum Todestag des heiligen Clemens Maria Hofbauer, des ersten deutschen Redemptoristen, gegeben. In diesen heiligsten Tagen wird Kardinal Färdhölfer Dr. Bertram am Sonnabend, 4. September in Wartha erwartet.

**(Der Steuerabzug.)** Der Kampf um den Vorschlag zu Steuererhöhungen stößt seinen Niederschlag im Reichstag. Zur Klärung der Verhältnisse hat die Deutsche Volkspartei an die Reichsregierung die Anfrage gestellt, welche Schritte sie zur Abstellung des durch den Widerspruch der Arbeiter vieler Betriebe gescheiterten Entwurfs unternehmen will. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beantragt, bis zu 15000 Mark Einkommen nur 5 v. H. in Abzug zu bringen, um die Steuerungsverhältnisse dadurch auszugleichen.

**(Wer ist Kriegsteilnehmer?)** Für die Einleitung und Fortführung des Bergbauabkommens der Beamten nach dem neuen Reichsgesetz ist die Auslegung des Begriffes „Kriegsteilnehmer“ von besonderer Bedeutung. Der Reichsarbeitsminister hat deshalb jetzt hierzu erklärt, daß dieser Begriff sich die Höherdenkungsstellen im weitesten Sinne auszuweiten ist. Wie es in dem Kommentar von Gunt und Willebrand zur Verordnung vom 3. September 1919 und für die Durchführung der Karte der Reichs- und Staatsarbeiter durch den Erlass vom 24. Februar 1920 geschehen ist. Danach sind unter „Kriegsteilnehmer“ alle Personen zu verstehen, die vermöge ihres Dienstverhältnisses, Amtes oder Berufes zur Landwehr oder Seemacht gehören, oder Personen, die sich aus Anlaß der Kriegführung im Auslande aufhalten und sich als Kriegsfreiwillige und Geiseln in der Gewalt des Feindes befinden.

**(Winterfahrplan erst ab 25. Oktober.)** Nach einer Verfügung des Reichsverkehrsministeriums an die Eisenbahndirektion ist die Einleitung des Winterfahrplanes in diesem Jahr erst für den 25. Oktober in Aussicht genommen. Möglicherweise für diese Verfügung soll die Rücksicht auf die besetzten Gebiete sein. In Frankreich rechnet man jetzt nach westerwärtiger Sommerzeit, die unserer mitteleuropäischen Zeit entspricht, so daß ein Zeitunterschied jetzt nicht besteht. Wie bekannt, wird Frankreich am 25. Oktober zur westerwärtigen Zeit zurückkehren. Durch diese Verfügung will man einen zweimaligen Fahrplanwechsel vermeiden.

**(Korfanty in Anhalt.)** Korfanty wollte in Anhalt, um die Verhältnisse seiner polnischen Volksgenossen zu besichtigen. Er

entschuldigte die Untaten der Banden und litt 32000 Mark, was als Kurkulturs der polnischen Schuld angenommen wurde. — Wo bleibt die Regierung mit solcher Hilfe?

**(Die Beerdigung des Generaldirektors Kaditz.)** Der am Sonnabend früh von Charlottenburg nach Breslau überführt worden ist, fand Montag vormittag in Breslau statt. Das Begräbnis, das ursprünglich in Charlottenburg stattfinden sollte, wurde von gewissen Kreisen vereitelt, und zwar ist die Stadt, die für diese Zwecke erbaut worden ist, in der Nacht von Freitag zu Sonnabend eingestrichen und zerstört worden. Auch wurde mit einem Überfall und Störung der Trauerfeierlichkeiten gedroht. Aus diesem Grunde ist die Beerdigung am Sonnabend früh 5 Uhr außerhalb der Stadt in Charlottenburg hinter dem Tunnel in einem Waggon verladen und nach Breslau überführt worden.

**(Jung gefreit, hat niemand.)** Eine eigenartige Verhängung traf der Magister Gottesberg. Im Interesse der Beerdigung der Bohngangnot ordnete er an, daß die letzten Ehrentätigkeiten, in denen der Mann noch nicht 25 Jahre alt ist, Wohnungen vom Wohnungsausschuss nicht mehr beschafft werden dürfen. Von dieser Maßnahme werden die auf Freireisenden zu erhaltenden Zahlungen und ihre Widmung wenig erbaut sein.

**(Im Streit erschlagen.)** Der Sohn des Justizrats Brauer in Cosel, Dr. jur. Bruno v. R. Kurt Brauer, geriet auf der Heimfahrt von der Beerdigung seiner Großmutter, der Frau Brantelshäger Berliner, von Ratibor kommend, kurz vor Ort zu einem Streit mit Abteilungsleiter, in dessen Verlauf er erschlagen und aus dem fahrenden Zuge herausgeworfen wurde. Die Identität der sehr verkleinerten Beide konnte durch eine an Kurt Brauer gerichtete Postkarte aus Wotowitz ermittelt werden, auf der ihm der Tod seiner Großmutter angezeigt worden war.

**Rybnik, 27. August.** Bei einer gestern von 3 Angehörigen der Sicherheitswehr unter Führung eines Offiziers unternommenen Orientierungsfahrt konnten in der mehrere Polen entworfen werden. Es sind ihnen Gewehre, Munition und andere Waffen abgenommen worden. Unter den Gewehren befanden sich alte mit Handbüchsen bespannte, die aus der Waffensammlung des Herrn Discommerat Lucas von Neuhöner gestohlen waren. Die beschlagnahmten Waffen wurden nach Rybnik gebracht. An der Grenze bei Moschütz wurden heute 4 Detachements der polnischen Armee von dem polnischen Grenzwachtmann erschossen. Die allgemeine Lage im Kreise Rybnik scheint sich zu bessern. Die von den Polen bisher besetzt gehaltenen Ortsteile sind von den italienischen Besatzungstruppen inzwischen geklärt worden. Die Gruben arbeiten wieder, und zwar fast in vollem Umfang.

**Rybnik, 30. August.** Die 14 Forderungen der Polen, die sie in der Besprechung mit Oberst Salboud und Oberst Pfretl erhoben, wurden nicht angenommen. Insbesondere wurde die Forderung von dem Militärbehörden nicht abgelehnt, daß die Herren Bürgermeister Kremer, Kommissar Flasschel und Reichsbaurat Vosch sofort entlassen werden sollten. Der Militärbehörden stellte sich auf den Boden der 10 Punkte, die er in der Ehrgerversammlung mitteilte. Es soll auch in Erwägung gezogen werden, ob einige andere Wünsche der Polen, so die Freilassung der anlässlich des Zusammenstoßes im Stadtpark verhafteten Polen, erfüllt werden könnten.

**Wodlau, 28. August.** Der für den 31. August festgesetzte Wismarkt, sowie der für den 1. September festgesetzte Jahrmarkt fallen aus.

**Wies, 30. August.** Die Lage im Kreise Wies weist eine leise Besserung zur Besserung auf. Ubergänge polnischer Banden erster Natur sind glücklicherweise in den letzten Tagen nicht zu verzeichnen gewesen; immerhin versuchen hier und da kleinere Trupps unorganisierter Jugendlicher durch ihre Lawfen weiterzutreiben. Sie beschränken sich aber zuweilen auf Durchsuchungen und Waffensabnahme. Sehr wesentlich zur Beruhigung hat der Umstand beigetragen, daß nunmehr eine Verständigung zwischen der deutschen und polnischen Partei über die Wiedereinführung von Ruhe und Ordnung getroffen worden ist. Seitdem am letzten Montag unter dem Vorsitz eines Vertreters des internationalen Kreisvertrages und im Beisein des Landrats eine gemeinsame Aussprache zwischen Vertretern der deutschen und polnischen Partei stattgefunden hat, an der auch ein Vertreter der färschlich Wärschen Generaldirektion teilnahm, werden von der in dieser Sitzung gebildeten gemischten Kommission täglich Fahrten in die einzelnen Ortsteile unternommen und versucht, die Bewohner zur Waffenabgabe zu bewegen. Die Erfolge solcher Entwaffnungsfahrten sind, wie sich jeder, der die

Verhältnisse kennt, wohl denken kann, nicht gerade sehr groß. Immerhin ist es doch schon gelungen, eine Anzahl von Waffen einzusammeln und vor allen Dingen durchzuführen, daß alle diejenigen Personen, die im Besitz eines ordnungsgemäßen Waffenscheins sind, die zur Ausübung ihrer Tätigkeit nötigen Waffen zurückgegeben werden. Die gleiche Kommission hat auch die Aufgabe, für die Bildung der provisorischen Bürgerwehren zu sorgen. Es muß unter allen Umständen gefordert werden, daß diese Bürgerwehren entsprechend der zustandekommenen Vereinbarung auch überall je zur Hälfte aus Deutschen und Polen zusammengesetzt werden. Bedauerlicherweise haben die Ereignisse der letzten Wochen aber gerade diejenigen deutschen Kreise, die bei der Bildung dieser Bürgerwehren in erster Linie mitgewirkt berufen sind, bedauerlich vernachlässigt, daß die betreffenden Personen die Mitarbeit verweigern zu müssen glauben. Allein, nichts wäre im Augenblick verheerlicher, als hierbei beistehen zu wollen. Das deutsche Element darf sich nicht freiwillig der Rache und der Pflichten berauben, die ihm im Dienste des Allgemeinwohls wie des besonderen vaterländischen Interesses die Not der Angehörigen aufliegt.

**Wies, 28. August.** In der Zeit vom 18 bis 23. September d. J. veranstaltet die Landwirtschaftskammer hierseitig eine große landwirtschaftliche Ausstellung, die folgende Abteilungen enthalten wird: 1. Kleintierzucht; 2. Obst- und Gartenbauzucht, sowie Tierärztliche; 4. landwirtschaftliche Maschinen und Geräte; 5. landwirtschaftliches Viehwesen; 6. Kultur auf dem Lande. In Ausstellung 1 und 2 finden Prämienvergaben statt.

**Wies, 30. August.** (Angriffe auf das Volksgeländnis.) Am Sonnabend abend nach 10 Uhr griffen 10 Personen das Volksgeländnis auf der Stadtpflege an. Der Volksgeländnisoffizier wurde nicht abgelenkt die Tür in dem Gebäude, daß es sich um Einleitung mehrerer Personen handelt. Er wurde aber von einem der Angreifer überfallen und mit dem Revolver bedroht. Bei dem Angriff gelang es einem Gefangenen zu entkommen. In derselben Nacht sind noch zwei weitere Gefangene abgeführt, nachdem sie die Güter von ihren Besitzern besichtigt hatten. Die Ermittlungen über die Angreifer sind im Gange.

**Wies, 30. August.** Bei der Beerdigung eines in Wies im Kampf mit der Sicherheitspolizei erschossenen unglücklichen Wärscher die der Gesellschaft, die Grabrede zu halten. Er mußte darauf bis hinab. Die Beerdigung fand darauf unter großem Pomp mit mehreren Musikkorpsen unter Folgschaft von Vereinen am Sonntagmorgens statt.

**Wies, 30. August.** (Massenmord in Jofestäl.) Das seit einigen Tagen fortwährende, geradezu ungläubliche Gerücht von der Ermordung 7 deutliche Wärscher Männer in Jofestäl hat sich bestätigt. Wie die „Oberschl. Volksstimme“ aus zuverlässiger Quelle erzählt, sind an einem der ersten Auffandestage von Banden 7 deutliche Gewohnen aus Jofestäl, die angeblich bei der Niederwerfung des vorjährigen Augustaufstandes tätig gewesen sein sollen, ergriffen, handreichtlich erschossen und an Ort und Stelle verscharrt worden. Die Angabe vom Massenmord in Jofestäl wurde von einigen Frauen gemacht, deren Männer seit einigen Tagen vermisst wurden. Daraufhin erfolgte gestern die Öffnung eines Grabes, in dem man fünf zum Teil entlebte Leichen vorfand, deren Identifizierung zuweilen noch nicht erfolgen konnte. Allein der Schloßgärtner Loos konnte bisher festgestellt werden. Die Leichen der fünf ausgegrabenen Leichen wurde bis zur Stunde noch nicht vorgekommen. Sie wird heute nachmittag um 1/2 3 Uhr durch eine Kommission, bestehend aus dem Staatsanwalt, dem Untersuchungsrichter, einer Reihe von Beratern und Fotografen vorgekommen. Außerdem soll die Ausgrabung der fünf weiteren Leichen stattfinden. Gegen mehrere Verdächtige, darunter einen Polen namens Wjebel, ist ein Verhaftung eingeleitet worden. Dieser Wjebel soll bei den Polen den Namen „Schackrichter“ haben.

**Wies, 30. August.** In Wies, ammet der Beerdigung wurden am Donnerstag in der Erde beigesetzt die Leichen von 5 Personen besseren Standes aufgefunden. Die Leichen weisen Schankwunden am Hinterkopf auf und waren abel angestrichelt. Es konnte noch nicht mit Sicherheit festgestellt werden, wer die Personen sind.

**Wies, 30. August.** (Ausschuss von 20 Gefangenen.) Als sich am Sonnabend nachmittag in den 2 Höfen des hiesigen Gerichtgeländnisses die Gefangenen auf ihrem täglichen Spaziergang befanden, erlöste plötzlich ein schriller Pfiff. Sämtliche Gefangenen führten darauf an die sie begleitenden Wachmannschaften,

# Schäden des Aufruhrs.

Die Reichsregierung und die preussische Landesregierung haben bedeutende Summen für die Flüchtlingsfürsorge zur Verfügung gestellt. Wir hoffen, daß auch zur Linderung der Sachschäden, die der Aufruhr angerichtet hat, die Regierung ihre hilfreiche Hand bieten wird.

**Schuldig und verantwortlich aber zur Deckung des vollen Schadens sind die politischen Gemeinden.**

In Oberschlesien gilt noch das alte preussische Kumultschadengesetz vom 11. März 1850. Nach diesem Kumultschadengesetz müssen Kumultschäden innerhalb einer Frist von 14 Tagen vom Tage des Schadens ab bei der Gemeindebehörde angemeldet werden, sonst fällt der Anspruch aus. Die Geschädigten müssen diese Frist unbedingt innehalten.

Das Plebiszitkommissariat für Deutschland ist bereit, zur Durchsetzung aller solcher Ansprüche, die rechtzeitig angebracht sind, die Hilfe eines Rechtsanwaltes sicher zu stellen und die Kosten des Prozesses bis zum Urteil erster Instanz zu übernehmen. Für den Fall, daß der Prozeß in die Berufung gehen sollte, würden über die weiteren Kosten besondere Vereinbarungen zu treffen sein.

Die Bestimmung derjenigen Schadenprozesse, deren Kosten vom Plebiszit-Kommissariat übernommen werden, liegt bei den in allen Kreisstädten bestehenden Unterkommissariaten. Die Unterkommissariate sind angewiesen, für die Beordnung von Rechtsanwälten zu sorgen. Die Unterkommissariate werden für diejenigen Prozesse, deren Kosten vom Plebiszitkommissariat übernommen werden, eine Bescheinigung ausstellen.

**Das Wichtigste ist: die Frist von 14 Tagen innezuhalten.**

**Plebiszit-Kommissariat für Deutschland. gez. Dr. Urbanek.**

entrißen ihnen die Waffen und überwältigten sie. Fast zu gleicher Zeit wurde ein Gerüstschuppen erbrochen und aus diesem einige Leitern herabgeholt. Ob es möglich wurde, entkamen 20 Sträflinge. Da diese keine Sträflingskleidung trugen, gelang es ihnen, in den Straßen unentdeckt zu entkommen.

Der Magistrat gibt durch Anschlag bekannt:

Am 1. September findet in dieser Stadt eine Viehzählung statt. Die Zählung erstreckt sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe, Schweine und Ziegen.

Müllerpferde, Kaninchen und Federblech werden nicht gezählt.

Den mit der Zählung beauftragten Personen sind wahrheitsgemäße Angaben zu machen.

Wer wissenschaftlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit einer Geldstrafe bis zu 10000 Mk. bestraft; auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, als für den Staat verfallen erklärt werden.

Gegen Abschnitt 19, 20, 21 und 22 der laufenden Protokollkarte wird bei den hiesigen Reichsanwaltern Polener Roggenmehl für die Zeit vom 30. 8. bis 26. 9. mithin für 4 Wochen verabsagt. Die Ausgabe erfolgt sofort nach Bekanntgabe.

## Bekanntmachung.

Der auf den 15. September 1920 festgesetzte Versteigerungstermin betreffend das Grundstück Vorstadt Sohrau Blatt 157 (Johann Mych) fällt fort.

Sohrau OS, den 28. August 1920.  
Amtsgericht.

## Vaterl. Frauen-Verein.

Dem Verein ist ein kleiner Posten Wäsche zum Verkauf angewiesen worden, bestehend in Knaben- und Mädchenhemden sowie auch Erbsenwäsche. Bezorngt werden diejenigen, die beim letzten Verkauf nicht berücksichtigt werden konnten. Meldungen sind bis zum 5. September an die Unterzeichneten zu richten.

Der Vorstand.

Martha Humold, Frieda Zenderfie.  
Martha Naß, Basse Demelt, Henriette Schleimer.  
Elisabeth Seemann.

## Achtung!

Die Versteigerung des Mych'schen Grundstücks,

die am 15. d. M. stattfinden sollte, ist auf eine Beschwerde der Mych'schen Erben vom Landgericht Ratibor bis zur Entscheidung eingestellt.

**Mych'sche Erben.**

## Ein Lehrling

sucht für sofort

Putzteller Vera Seilorz.

## Grosse landwirtschaftliche Ausstellung

in Gleiwitz O.-S.

vom 18. bis 23. September d. Js.

Als Ersatz für die sonst alljährlich stattfindende Wanderversammlung veranstaltet die

Landwirtschaftskammer

eine Ausstellung, folgende Abteilungen umfassend:

1. Kleintierzucht: Ziegen, Geflügel, Kaninchen und Bienen.
2. Obst- und Gartenbauerzeugnisse und Teichwirtschaft.
3. Landwirtschaftliche Maschinen und Geräte. (Auch Geräte für Teich- und Forstwirtschaft.)
4. Landwirtschaftliches Bauwesen: Moderne Bauausführungen und Anlagen.
5. Kultur auf dem Lande: Landwirtschaftliche Fortschritte, einschl. Arbeiten der Landwirtschaftskammer, Meliorations- und Siedlungswesen, ländliches und landwirtschaftliches Bildungswesen (Schul-, Vereins- und Genossenschaftswesen), Heimats- und Wohlfahrtspflege, soziale Fürsorge und Kunst auf dem Lande, einschließlich Landwirtschaftspflege.

In Abteilungen 1 und 2 finden Prämierungen statt.

Anmeldungen zur Beteiligung an der Ausstellung müssen sofort, spätestens aber bis zum 5. September erfolgen.

Bedingungen und Anmeldeformulare für Aussteller versendet Landwirtschaftskammer für Schlesien.

**Landwirtschaftsinspektion in Oberschlesien in Gleiwitz OS.**

Tarnowitzerstr. 3.

Fernsprecher Gleiwitz Nr. 238.

## Katholischer Gesellen-Verein.

Freitag, den 3. September, abends 8 Uhr:

### Sitzung

im Vereinslokale (Hotel „Zur Post“.)

Um vollzähliges Erscheinen bittet

Der Vorstand.

## Gartenbau- und Kleintierzucht-Verein Sohrau OS.

Sitzung am Sonntag, den 5. September, abends 7 Uhr im „Hotel zur Post.“

Ausstellung von Erzeugnissen der Kleintierzucht.

Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen erucht

Der Vorstand.

Einen Stamm weiße Niesen-Kaninchen

mit roten Augen (1 Hahn und 5 Junge) verkauft

B; Elias.

## Entlaufen Wachhund

belle Farbe, groß, hört auf den Namen „Box.“

Gegen Belohnung abzugeben bei

**Gastwirt Zajonz**

Rogojsna.

Für unser Contor suchen wir einen

## Lehrling.

**Paulshütte.**

Ein ordentliches

**Dienstmädchen**

für sofort oder später gesucht.

A. Adamek, Cigarrenhaus.

**Schlosser- und Schmiede-Werkzeug**

ist sofort zu verkaufen.

Johann Pazon, Sussetz.